

Einleitung

Nicht wenige Kommentare sehen im russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ein ähnlich epochales Ereignis, wie etwa im Mauerfall 1989 oder in den Terroranschlägen des 11. September 2001.¹ Auch Bundeskanzler Olaf Scholz rief in seiner Regierungserklärung drei Tage später eine »Zeitenwende« aus, die sich – zumindest was die Militarisierung Deutschlands anbelangt – als nicht minder folgeschwer erweisen könnte. In jedem Fall läutete er damit eine neue Phase deutscher Militär- und Machtpolitik ein, wobei die Rede von einer Zeitenwende streng genommen dennoch ein wenig in die Irre führt. Die Bundesrepublik sei »schon lange auf Kriegskurs«, argumentierte beispielsweise die Publizistin Merle Weber: »Nicht 2022, sondern 2014 war die Zeitenwende.«²

Gemeint ist hier der denkwürdige Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014. Dort forderte er – flankiert von der derzeitigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie dem heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier – einen unter dem Namen »Münchner Konsens« bekannt gewordenen und von langer Hand geplanten Paradigmenwechsel hin zu einer militä-

1 »Seit Wladimir Putin am 24. Februar seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, kursiert der Begriff ›Zeitenwende‹. Es spricht in der Tat vieles dafür, dass dieser Tag einen ähnlichen Stellenwert in der Geschichte einnehmen wird wie der 9. November 1989, der Tag des Berliner Mauerfalls, und der 11. September 2001, als Terroristen das World Trade Center in New York zerstörten.« (Risse, Thomas: Zeitenwende?, in: Internationale Politik, 24.03.2022).

2 Weber, Merle: Schon lange auf Kriegskurs, kritisch-lesen.de, 12.07.2022.

rischen Großmachtpolitik. Deutschland müsse sich endgültig seiner angeblich überaus ausgeprägten ›Kultur der militärischen Zurückhaltung‹ entledigen und stattdessen fortan – auch und gerade militärisch – eine Führungsrolle anstreben, so die damalige Kernbotschaft.

An dieser Stelle kommt die ›Rüstung‹ ins Spiel und zwar nicht allein dergestalt, dass die nassforsch artikulierten Weltmachtambitionen eine Aufrüstung der Bundeswehr aus Sicht deutscher Entscheidungsträger*innen zwingend erforderlich machen. Die Sache hat noch eine zweite wichtige Komponente, nämlich dass die Bundeswehr bei den relevantesten Waffensystemen so weit als möglich autark mit Produkten aus heimischer (oder zumindest europäischer) Herstellung ausgestattet werden soll. Der dahinterstehende Gedankengang ist ebenso simpel wie weitreichend: Wer als veritable Großmacht daherkommen will, seine Waffen aber im Ausland – und ja, das beinhaltet auch die USA – kaufen muss, kann sich von derlei hochtrabenden Ansprüchen eigentlich auch gleich wieder verabschieden. Es existiert also eine machtpolitische Notwendigkeit, der eigenen Rüstungsindustrie umfassend unter die Arme zu greifen, die weit über die Profitinteressen einzelner Konzerne hinausgeht. Vor diesem Hintergrund wird seit Jahren eine »Agenda Rüstung« verfolgt, die auf Geldspritzen, Fusionswellen und Rüstungsexporte setzt, um so den Aufbau eines mächtigen Rüstungskomplexes zu forcieren. Inzwischen ist Deutschland auf dem ›besten‹ Weg, sich zu einer Rüstungswirtschaft zu entwickeln. So machten sich etwa die drei Ampel-Bundestagsabgeordneten Kristian Klinck (SPD), Sara Nanni (Grüne) und Alexander Müller (FDP) Ende August 2022 dafür stark, man müsse »die Industrie befähigen, ihre Kapazitäten signifikant zu steigern.« Hierfür bedürfe es »des Zusammenspiels von Industrie, Gewerkschaften, Politik und Streitkräften«, weshalb ein »nationaler Rüstungsgipfel« einberufen werden müsse.³

3 Klinck, Kristian u. a.: Mehr deutsche Waffen für die Ukraine – so geht's, Spiegel Online, 21.08.2022.

Gleichzeitig ist die deutsche Strategie- und Streitkräfteplanung darum bemüht, gleich drei Ziele auf einmal zu erreichen: *Erstens* zielt sie darauf, die heute bereits vorhandene Interventionsfähigkeit im Globalen Süden beizubehalten, um für die ›Stabilität‹ der systemischen Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse Sorge tragen zu können. Daneben rückt aber *zweitens* kurz- bis mittelfristig der Aufbau von Großverbänden im NATO-Rahmen gegen technisch hochversierte Gegner immer weiter ins Zentrum der Streitkräfteplanung, wofür die Bundeswehr aktuell tiefgreifend umstrukturiert und aufgerüstet wird. Parallel dazu wird aber auch *drittens* mittel- bis langfristig auf eine »Strategische Autonomie« der Europäischen Union hingearbeitet, mit der sich Deutschland (über die EU als Kraftverstärker) als eigenständiger militärischer Machtblock unter den Bedingungen zunehmender Großmacht Konkurrenz notfalls auch gegen die USA behaupten will. Mit diesem Interessenkomplex im Hinterkopf, leitete die Bundeswehr bereits vor Jahren diverse »Trendwenden« in den Bereichen Personal, Infrastruktur, Material und Finanzen ein, die zusammengenommen einen immensen Militarisierungsschub brachten. Allerdings reichten die zur Verfügung stehenden Finanzmittel trotz üppiger Etatsteigerungen nicht aus, um alle drei Aufgaben gleichzeitig in vollem Umfang abzudecken – mit dem Zeitenwende-Sondervermögen von 100 Mrd. Euro hat sich dies nun aber erledigt.

Begründet werden all die nun auf den Weg gebrachten einschneidenden Maßnahmen unter Verweis auf den russischen Krieg gegen die Ukraine. Doch die dahinterstehende sicherheitspolitische ›Logik‹ vermag nicht zu überzeugen, schließlich waren die NATO-Staaten Russland militärisch bereits vor der Zeitenwende haushoch überlegen, ohne dass damit die – zumindest offiziell propagierten – Ziele erreicht worden wären: »Wenn das Ziel der NATO darin bestanden hat, die russische Aggression abzuschrecken und den Frieden in Europa zu bewahren, so ist sie gescheitert.«⁴ Dennoch

4 Tooze, Adam: Neue Nato, alte Rezepte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2022, S. 41-48, S. 42.

hat die NATO ein gigantisches Aufrüstungsprogramm auf den Weg gebracht, mit dem aber das Risiko einer weiteren Eskalation eher steigt als sinkt. Speziell für Deutschland dürfte es deshalb vor allem auch darum gehen, durch die vielen im Zuge der Zeitenwende in Angriff genommenen Projekte zur größten Militärmacht Europas aufzusteigen, wodurch Großmachtfantasien Realität werden könnten, deren Ursprünge auf den Münchner Konsens zurückgehen. Mit der Zeitenwende habe Kanzler Scholz einen »Fahrplan präsentiert«, um Deutschland zu einer »wirklich globalen Macht mitsamt dem entsprechenden Militär zu machen«, so das US-Magazin *Time*.⁵ Kein Wunder, dass militärnahe Kreise ob der jüngsten Entwicklungen regelrecht begeistert sind: »Deutschland will künftig sein tatsächliches geopolitisches Gewicht auf die Waage bringen. Wir sind die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, die zweitgrößte NATO-Nation, das bevölkerungsreichste und ökonomisch führende Land Europas. Deutschland geht deshalb nun demonstrativ zu einer Politik der Wehrhaftigkeit und der Stärke über.«⁶

Wenn man für den Zeitraum zwischen 2014 und 2022 von einer massiven Aufrüstung der Bundesrepublik sprechen kann, wird die Zeitenwende in der Laufzeit des Sondervermögens der Bundeswehr von 100 Mrd. Euro zwischen 2022 und 2026 noch einmal ein ganz anderes Niveau erreichen – mit einer Reihe dramatischer Folgen. Nicht zuletzt verschieben sich dadurch die innenpolitischen Kräfteverhältnisse zugunsten des Militarismus – so freute sich ein Kommentar der *Deutschen Welle* Ende August 2022: »Zwei Weltkriege und zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert haben in Deutschland ein tiefes Misstrauen gegen alles Militärische wachsen lassen. Uniformen gehören bislang nicht zum Straßenbild. Dass jetzt uniformierte Soldaten als völlig normale Erscheinung im Alltag dargestellt wer-

5 Abend, Lisa/Bajekal, Naina: Chancellor Olaf Scholz Wants to Transform Germany's Place in the World. He'd Just Rather Not Talk About It, *Time*, 27.04.2022.

6 Bartels, Hans-Peter: Ein Epochenbruch auch für die Rekrutierung, Europäische Sicherheit & Technik (ESUT), 17.04.2022.

den, kann man als Zeichen einer tektonischen Verschiebung lesen: In Folge des Ukraine-Krieges macht Deutschland seinen Frieden mit dem Militär – und rüstet sich für künftige Konflikte.«⁷

Bis zu einem gewissen Grade war es dennoch absehbar, dass es der Linken in ihrer Schockstarre nach dem russischen Angriff auf die Ukraine nicht ansatzweise gelingen würde, eine relevante Gegenöffentlichkeit gegen die Pläne der Bundesregierung zu mobilisieren. Damit ist die Angelegenheit aber leider noch lange nicht vom Tisch – die Zeit läuft bereits: Die nächsten entscheidenden Auseinandersetzungen dürften spätestens 2026 anstehen – denn dann dürfte eine Debatte um eine Verstetigung des nun zunächst einmal auf fünf Jahre begrenzten Sondervermögens Fahrt aufnehmen. Die Zeitenwende betrifft eine ganze Reihe von Spektren, ihre friedens-, sozial-, aber auch klimapolitischen Folgen sind bereits jetzt absehbar verheerend. Obwohl sich der Großteil dieses Buches analytisch mit den zahlreichen problematischen Folgen der Aufrüstung vor der und durch die Zeitenwende beschäftigt, liegt dem Unterfangen deshalb im Kern ein politisches Anliegen zugrunde: Denn es gilt, die unterschiedlichen kritischen Perspektiven zusammenzuführen und an einem Strang zu ziehen, um sich bereits heute auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Nur so gibt es eine Chance zu verhindern, dass aus diesem Turbo-Militarismus eine Dauereinrichtung wird – wie gesagt, die Uhr tickt!

7 Hein, Matthias von: Der Ukrainekrieg und Deutschlands Zeitenwende, Deutsche Welle, 24.08.2022.